

EU-Mercosur-Abkommen und seine Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Was ist das Mercosur-Abkommen?

Das EU-Mercosur-Abkommen ist ein geplantes Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Mercosur-Ländern: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela. Ziel des Abkommens ist die Schaffung der weltweit größten Freihandelszone mit über 780 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.

Zentrale Inhalte des Abkommens

- **Zollabbau:** Reduzierung oder Abschaffung der Zölle auf über 90 % der EU-Waren. Dies würde jährliche Einsparungen von rund 4 Milliarden Euro für europäische Exporteure und Exporteurinnen bedeuten.
- **Marktzugang:** Die Mercosur-Länder erhalten verbesserte Exportmöglichkeiten für Agrarprodukte wie Rind- und Geflügelfleisch, während die EU verstärkt Industriegüter wie Autos, Maschinen und Chemikalien exportieren würde.
- **Nachhaltigkeitsklauseln:** Verpflichtung zur Einhaltung von Umwelt- und Klimazielen, inklusive der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Die konkrete Durchsetzung bleibt unklar.




Auswirkungen auf die Landwirtschaft

- **Preisdruck:** Die EU würde bis zu 99.000 Tonnen Rindfleisch und 180.000 Tonnen Geflügelfleisch pro Jahr importieren, was zu verstärktem Wettbewerb für europäische Landwirte führt, und ihre Preise drückt. Schätzungen zufolge könnte Fleisch aus den Mercosur-Ländern 20 bis 30 Prozent günstiger sein als Fleisch aus Europa. Das würde unsere heimischen Betriebe stark treffen, da sie mit den niedrigen Preisen nicht mithalten können. Insbesondere kleine landwirtschaftliche Betriebe in der EU könnten durch den Preisverfall und den zunehmenden Konkurrenzdruck besonders belastet werden. Für den Agrarbereich sind keine gesonderten Schutzmechanismen vorgesehen.
- **Ungleiche Standards:** Mercosur-Länder produzieren unter oft niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards. In der EU hingegen gelten strikte Vorgaben, z. B. zu Dünge- und Emissionsschutz.
- **Qualitätsbedenken:** Es gibt Bedenken hinsichtlich der Qualität und Sicherheit des importierten Fleisches, insbesondere bezüglich der Verwendung von Antibiotika und Wachstumshormonen. In Mercosur-Staaten dürfen bei der Fleischproduktion Hormone eingesetzt werden, um das Wachstum zu fördern. In der EU ist der Einsatz von Hormonen aufgrund von Gesundheitsrisiken verboten. Die Bundesregierung gibt zwar an, dass die Mercosur-Staaten nur Fleisch nach Europa exportieren dürfen, das aus Betrieben stammt, die auf den Hormoneinsatz verzichten. Die Rückverfolgbarkeit des Fleisches ist jedoch problematisch, und die Mercosur-Staaten lehnen es ab, europäische Gesundheits-, Sozial- und Umweltstandards vollständig zu übernehmen.

- **Negative Umweltauswirkungen:** Das Abkommen könnte die Entwaldung in Brasilien und anderen Mercosur-Staaten vorantreiben, um Agrarflächen zu erweitern. Kritiker sehen eine Schwächung der EU-Klimaziele durch vermehrte Importe von klimaschädlich produzierten Waren. Das Abkommen beinhaltet zwar ein Nachhaltigkeitskapitel mit Regelungen zu Arbeit, Umwelt, Klima, Biodiversität, Waldschutz, Fischerei und Aquakultur. Die Durchsetzung der Ziele ist aber noch nicht gesichert.

Das Abkommen führt auch zur Schaffung neuer Absatzmärkte landwirtschaftlicher Produkte in den Mercosur-Staaten. Insgesamt wird das EU-Mercosur-Abkommen voraussichtlich aber zu einer Verschärfung des Wettbewerbs auf dem europäischen Markt für landwirtschaftliche Produkte führen, was in erster Linie Herausforderungen für die heimische Produktion mit sich bringt.

Wir fordern:

-  **Neu-Verhandlung des Mercosur-Abkommens:** Ein fairer Wettbewerb zwischen europäischer und südamerikanischer Landwirtschaft erfordert verbindliche Mechanismen zur Sicherung europäischer Standards.
-  **Einheitliche Standards:** Die hohen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards der EU müssen auch für Importe gelten.
-  **Importstopp bei Verstößen:** Produkte aus Ländern, die EU-Vorgaben nicht einhalten, dürfen nicht auf den europäischen Markt gelangen.

Prozess

2000

- Beginn der Verhandlungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten.

28. Juni 2019

- Politische Einigung zwischen EU und Mercosur-Staaten über ein Freihandelsabkommen.

2019–2023

- Keine Ratifizierung des Abkommens, unter anderem wegen der politischen Lage in Brasilien und zunehmender Entwaldung.

2024

- EU-Kommission verhandelt weiter mit den Mercosur-Staaten über Anpassungen.
- Kein fester Termin für die Abstimmung über die Ratifizierung.
- 5./6. Dezember Mercosur-Gipfel in Montevideo, Uruguay
- Anforderungen für die Ratifizierung: Qualifizierte Mehrheit in der EU, d.h. Zustimmung von 15 Ländern, die mindestens 65 % der EU-Bevölkerung vertreten.
- Widerstand aus Frankreich und Polen.
- EU-Kommission und Bundesregierung setzen sich für eine schnelle Finalisierung ein.